ZEIT ONLINE

Herdentrieb

So funktioniert Kapitalismus. Ein Blog

Zu Unrecht vergessen: Wolfgang Stützel und seine Saldenmechanik

9. Januar 2013 um 14:58 Uhr

Die Ökonomenwelt entdeckt die alten Meister neu: So meint etwa der Berkley-Professor und Blogger Brad DeLong (http://www.project-syndicate.org/commentary/the-perils-of-prophecy/german), dass nur Ökonomen in der Tradition von Hyman Minsky (https://blog.zeit.de/herdentrieb/2007/08/22/minsky-und-die-krisen-des-kapitalismus_196) oder Charles Kindleberger wirklich Interessantes zur Analyse der Finanzkrise beizutragen hätten. Auf diese illustre Liste gehört aber noch ein anderer Ökonom, der in den USA gar nicht und in Deutschland kaum noch bekannt ist: der deutsche Ökonomen Wolfgang Stützel, der im Saarland Professor war und im Jahr 1958 sein großes Buch „Volkswirtschaftliche Saldenmechanik (http://books.google.de/books?id=BPjtMdrb4aoC&printsec=frontcover&hl=de#v=onepage&q&f=false)" veröffentlichte.

Während Stützel in den 60er und 70er Jahren weit über die Ökonomenzunft hinaus bekannt (http://www.zeit.de/1969/15/der-ex-weise-aus-dem-saarland/seite-1) war, ist er heute fast vergessen, einige Keynesianer berufen sich noch hie und da auf ihn, gelesen hat die Saldenmechanik kaum jemand. Dabei steckt so viel in ihr. Denn das ehemalige Mitglied des Sachverständigenrates zeigte, dass man keine abstrakten Modelle und Fantasie-Annahmen über das Verhalten des

Menschen braucht – wie etwa den stets rationalen Homo Oeconomicus -, um rigorose und logisch notwendige Schlussfolgerungen über die real existierende Wirtschaft zu ziehen. Eigentlich braucht es nur ein ordentliches Verständnis von so etwas Trivialem wie der Buchhaltung.

So schreibt Stützel im Vorwort seiner Saldenmechanik: *[Es gibt] neben Zusammenhängen, die vom menschlichen Verhalten abhängen, […] viele Größenbeziehungen in der Wirtschaft […], über die sich streng Allgemeingültiges aussagen läßt, Zusammenhänge, die nicht vom menschlichen Verhalten abhängen, sondern auch dann unverändert bestehen bleiben würden, wenn die Menschen sich noch so ungewöhnlich verhielten.*

Was Stützel „*Größenbeziehungen*" nennt, sind ganz triviale Dinge, wie, dass die Käufe des einen die Verkäufe des anderen sind, weil eben niemand etwas verkaufen kann, ohne dass jemand anderes etwas kauft; oder dass die Schulden des einen die Guthaben des anderen sind, weil ja niemand ein Schuldner sein kann, ohne dass es einen Gläubiger gibt. Man müsste eigentlich davon ausgehen, dass Ökonomen diese „*trivial-arithmetischen Zusammenhänge*" und ihre Implikationen kennen. Das ist aber meistens nicht so. Stützel hat immer mit großem Genuss gezeigt, wie sich seine Kollegen in Aussagen verrennen, zu denen man nie gelangen würde, beherrschte man nur das Einmaleins der Saldenmechanik.

Ein paar Beispiele gefällig? Der triviale und immer richtige Satz, dass das Guthaben des einen die Schulden des anderen sind, wird oft von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern ignoriert, wenn sie behaupten, die Staatsschulden von heute würden die gesamte zukünftige Generation belasten. Das ist, als würde man annehmen, dass es zwar in der Zukunft Schulden, aber keine Guthaben mehr gibt, die den Schulden gegenüberstehen – eine logische Unmöglichkeit. Denn wenn es in der Zukunft noch ausstehende Staatsschulden gibt und

darauf Zinsen zu zahlen sind, dann wird irgendjemand in der zukünftigen Generation diese Schulden als Guthaben halten und die Zinsen kassieren. Es werden eben nicht nur die Schulden, sondern auch die entsprechenden Guthaben vererbt.

Oder ein anderes Beispiel: Wer Geld spart, bildet Guthaben. Damit wird er zum Gläubiger; es kann also niemand Guthaben bilden, ohne dass sich jemand anderes in gleicher Höhe verschuldet. Wenn sich aber vor lauter Schuldenangst niemand verschulden will, kann auch niemand Guthaben bilden. Was so einfach „arithmetisch-trivial“ daherkommt, wird politisch brisant, wenn man es auf die Privatisierung der Rente anwendet. Wer dafür ist, dass die Menschen mehr privat vorsorgen, muss logisch notwendig auch für höhere Schulden sein, die den höheren Guthaben entsprechen. Aber wer will die höheren Schulden aufnehmen? Die deutschen Unternehmen verschulden sich im Saldo in den letzten Jahren gar nicht mehr, sondern finanzieren ihre Investitionen vor allem aus ihren laufenden Einnahmen; der Staat soll bloß keine neuen Schulden mehr machen, weil er per Verfassung die Schuldenbremse einhalten muss. Dann bleibt nur noch das Ausland. Achso, das hat gerade eine Schuldenkrise, oder? Aber wenn niemand sich mehr verschulden will oder kann, dann kann man auch nicht mehr sparen – und man kann auch von den Menschen nicht verlangen, dass sie privat mehr sparen. (Johannes Schmidt von der Hochschule Karlsruhe hat Stützels Positionen dazu erst kürzlich zusammengefasst (http://www.global-change-2009.com/blog/wp-content/uploads/2012/10/sparen-fluch-oder-segen.pdf).)

Auch die Schuldenkrise – ob in Europa oder den USA – lässt sich gut mit diesen trivial-arithmetischen Beziehungen fassen: Wenn man in der Schuldenkrise steckt und seine Schulden gefälligst zurückzahlen soll, dann fordern Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank, Europäische Kommission und ganz laut die deutsche

Regierung, dass die Krisenländer ihre Gürtel enger schnallen und ihre Ausgaben kürzen sollen. Nur kommt man an der Tatsache nicht vorbei, dass die Ausgaben des einen die Einnahmen des anderen sind, die Importe der Krisenländer also die Exporte etwa Deutschlands. Wenn die Krisenländer aber ihre Ausgaben, vor allem ihre Importe, senken müssen, um nicht mehr neue Schulden aufzunehmen, fallen in Deutschland die Exporte und damit die Einnahmen deutscher Unternehmen (http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/deutsche-exporte-in-krisenlaender-brechen-ein-a-852906.html). Das deutsche Spardiktat wird zum Eigentor.

Das klingt alles sehr nach bösem Keynesianismus, aber es sind eben nur die Konsequenzen reiner Buchhaltung: Wenn verlangt wird, alle sollen ihre Ausgaben senken, dann kann man nicht erwarten, dass die Einnahmen trotzdem steigen; wenn alle privat Guthaben bilden sollen, kann man nicht verlangen, dass niemand Schulden aufnimmt. Es kommt niemand an der simplen Tatsache vorbei, dass in dieser Welt 2 + 2 = 4 ist und ergo die Einnahme des einen die Ausgaben des anderen sind.

Nun war Stützel selbst kein linker Keynesianer, zumindest wenn man darunter Ökonomen versteht, die stets für höhere Schulden und niedrigere Zinsen sind. So schrieb er etwa in der Einleitung zu den Werken Wilhelm Lautenbachs (http://www.arno.daastol.com/books/Lautenbach%20%281952%29%20Zins%20Kredit%20und%20Produktion.pdf), seinem akademischen Lehrer: „*Die Behauptung, daß mit der Druckknopftherapie des deficit spending, der staatlichen Geldschöpfung durch Verschuldung, alle wirtschaftlichen Nöte gelindert werden könnten, stammt nicht von ernsthaften Beschäftigungstheoretikern. Sie ist eine Erfindung von Demagogen, die sich aus den modernen Kredittheorien das*

Geldschöpfen und aus dem Keynesianismus das Schuldenmachen geholt haben, um damit breiten Massen Illusionen vorzugaukeln und die Atmosphäre für nüchterne Überlegungen zu vergiften. Vielleicht ist es auch ein Popanz, den sich manche Gegner der Beschäftigungstheorie zusammengezimmert haben, damit sie in ihrer Argumentation gegen die Beschäftigungstheorie nicht so viel zu denken gezwungen sind.“

Stützel sah zwar, dass es manchmal ganz schön schiefgehen kann, wenn man sich zu sehr auf den Markt verlässt. Aber dennoch war er überzeugter Marktwirtschaftler (http://www.zeit.de/1977/47/man-traegt-wieder-mitte), aktives Mitglied der FDP und des liberalen Kronberger Kreises, eine Art frühe Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Stützel war schon seit Anfang der 70er Jahre gegen die Finanzierung des Sozialstaats aus Lohnnebenkosten und erklärte die damals wachsense Arbeitslosigkeit nicht mit einem Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, sondern mit zu hohen Lohnkosten; außerdem war er in einer Zeit von Kapitalkontrollen für den freien Fluss des Kapitals zwischen den Ländern (http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=iq8xBGucztQC&oi=fnd&pg=PA3&dq=%C3%BCber+unsere+w%C3%A4hrungsverfassung&ots=8O3sBrFmgT&sig=7BltIpLIB46edM6FafC-RERrLhs), weil er den Händlern eher traute als den Bürokraten.

Auf der anderen Seite plädierte er in seiner Streitschrift „Marktpreis und Menschenwürde (http://books.google.de/books?id=BCNAYAAACAAJ&dq=Marktpreis+und+menschenw%C3%BCrde&hl=de&sa=X&ei=W-PrUO6oK4at4ASDiYHwAg&ved=0CDcQ6AEwAA)“ für eine Lohnuntergrenze (am besten durch eine alle Arbeitnehmer umfassende Gewerkschaft), damit es nicht zu einem „*Konkurrenzparadoxon*“ kommt, in dem jeder einzelne, um seinen Job zu sichern, auf Lohn verzichtet und seine Arbeitszeit verlängert, damit aber für alle Niedriglöhner nur Lohnsenkung bei gleicher Beschäftigung

herauskommt – ein Gedanke, den er von Marx aufnahm. Bei seiner Ablehnung zu hoher Lohnnebenkosten ging es ihm nicht darum, den Sozialstaat zu begrenzen, sondern ihn über Steuern zu finanzieren und damit nicht in die Preisbildung am Arbeitsmarkt einzugreifen.

Stützel war ein Wirtschaftsliberaler, in vielem auch das, was man heute neoliberal nennen würde. Aber er wusste genau, wo der Markt auf seine Grenzen trifft und wann das Streben jedes einzelnen nach Verbesserung seiner individuellen Lage kollektiv nicht aufgehen kann. Kurz: Er war ein ausgezeichneter Ökonom. Von denen bräuchten wir gerade in der Krise mehr.

---

261 Kommentare

Dietmar Tischer
#1 — vor 8 Jahren

>Wenn sich aber vor lauter Schuldenangst niemand verschulden will, kann auch niemand Guthaben bilden. Was so einfach "arithmetisch-trivial" daherkommt, wird politisch brisant, wenn man es auf die Privatisierung der Rente anwendet. Wer dafür ist, dass die Menschen mehr privat vorsorgen, muss logisch notwendig auch für höhere Schulden sein, die den höheren Guthaben entsprechen.>

Höhere Schulden „logisch notwendig"?

Unsinn.

Menschen können auch privat vorsorgen, wenn sie Anteile an Unternehmen kaufen, die z. B. eine Kapitalerhöhung vornehmen.

Es macht keinen Sinn, sich auf Stützel zu berufen, um zu derart FALSCHEN Aussagen zu kommen.

Vielmehr:

Wenn sich die bisherige Dynamik von „Guthaben entsprechen Schulden" nicht mehr aufrechterhalten lässt, dann muss man darüber nachdenken, WAS zu ändern ist, damit die Verbesserung der individuellen Lage auf anderen Wegen möglichst kollektiv aufgehen kann.

Fabian Lindner
#2 — vor 8 Jahren

@ Tischer

Stimmt – Schulden müssen es nicht sein, es können auch Kapitalerhöhungen sein. Korrekter ist, von Verbindlichkeiten, nicht von Schulden zu sprechen.

alterego
#3 — vor 8 Jahren

Die Saldenmechanik ist eine Trivialität. Man darf daraus aber nicht die irrige Vorstellung ableiten, dass eine immer stärkere Verschuldung sinnvoll sei, weil sie zu immer höheren Guthaben führe. Nein sie führt in den finanziellen Kollaps, sobald die Verschuldung eine kritische Größenordnung überschreitet.

Schuldenmachen ist häufig sinnvoll, aber nur insofern, wie das fremde Geld profitabel eingesetzt wird oder, allgemeiner formuliert, wie der Schuldendienst im Wege steigender Einnahmen

bedient werden kann. Unser Problem besteht darin, dass überschuldete Staaten genau dieses nicht mehr gewährleisten können und durch weiteres Schuldenmachen ihre finanzielle Stabilität verlieren (z.B. die Eurokrisenstaaten). Das gilt in den USA auch für große Teile des Privatsektors. In einer solchen Situation mus das Finanzgebaren so restukturiert werden, dass die Verschuldung sinken kann. Das Verschuldungsrad ist schlicht und ergreifend überdreht. Beim Ignorieren dieser Tatsache kann auch Stützel nicht helfen.

Zum Thema „Saldenmechanik" gibt es übrigens einen Wissenschaftler, der mit seiner Input-Output-Analyse ein beeindruckend raffiniertes Instrument zur Analayse des volkswirtschaftlichen Geschehens geschaffen hat: Nämlich Wassily Leontief, der dafür 1973 den Nobelpreis erhielt. Darauf basiert heute die VGR.

messem (http://community.zeit.de/user/205386)
#4 — vor 8 Jahren

„außerdem war er in einer Zeit von Kapitalkontrollen für den freien Fluss des Kapitals zwischen den Ländern, weil er den Händlern eher traute als den Bürokraten."
Lt. Bofinger – ein Student Stützels – war er für feste Wechselkurse. Die werden aber auch von Bürokraten festgesetzt. Oder?

Bernd Wiese
#5 — vor 8 Jahren

Die Schulden des einen sind die Guthaben des anderen. Allerdings gibt es auch Guthaben, die keine (direkten) Schulden sind, z.B.

Bargeld. Allderings muss dieses Geld indirekt durch einen volkswirtschaftlichen Gegenwert gedeckt sein, z.B. hinreichendes Warenangebot. Das wird bei Zukunftsdiskussionen für die Rente oft übersehen.

@1 & 2
auch in Zukunft muss das Guthaben einem Warenangebot Gegenüberstehen, und das wird auch erst in dieser Zukunft erwirtschaftet. Volkswirtschaftlich ist es delhalb egal, ob man vorsorgt oder in Zukunft ein Umlageverfahren wählt (Auslandseinflüsse vernachlässigt). Bei des erheblich höheren Verwaltungskosten für private Vorsorge ist das ganze aber Volkswirtschaftlich eher nicht sinnvoll.

Für eine Einzelerson sieht es natürlich anders aus, deshalb auch das Missverständnis. Der grundsätzliche Gedankengang könnte auch unter die Saldenmechanik fallen.

rjmaris
#6 — vor 8 Jahren

Endlich ein Artikel, der diese Thematik aus eher liberaler Sicht beleuchtet. Denn bisher sind es v.a linke Ökonomen wie Heiner Flassbeck, die dieses Prinzip in ihrem Denken zugrundelegen (Stichwort: Gesetz der kommunizierenden Gefäße). Flassbeck neigt zur Fixierung auf zu geringen Löhnen, also im Umkehrschluss sieht er eine Belebung des Marktes wenn die Löhne steigen würden. Im Prinzip muss man aber sagen, dass Stützel im Grunde genommen genauso denkt, aber dann im Sinne von Senkung der Lohnnebenkosten. Letzteres wäre für die Unternehmen ein Nullsummenspiel.

Etwas hochinteressantes ist die Aussage im Artikel, wonach die Deutschen Unternehmen sich im Saldo in den letzten Jahren gar nicht mehr verschulden, sondern ihre Investitionen vor allem aus ihren laufenden Einnahmen finanzieren.
Das ist doch ein klarer Hinweis darauf, dass die Exporterlöse (Stichwort Handelsbilanzüberschuss) nicht oder kaum bei den eigentlichen Ezeugern der Exporterzeugnissen landet (ich denke v.a. an die Arbeitnehmer). Die Saldenmechanik ist ja auch hier anzuwenden! Stephan Schulmeister sagte unlängst in einem Interview bereits, dass die Unternehmen sich verschulden müssen (wie „früher", in der Aussicht auf Umsätze), weil die Bilanzmechanik ja aussagt, dass dies faktisch der einzige Weg ist, den Staaten mehr Freiraum zu verschaffen (sprich weniger Schulden). Außerdem wäre dies eine wirkungsvolle Maßnahme, zu verhindern, dass Unternehmen nicht mehr im Unternehmen investieren, sondern in viel lukrativere Angebote aus der Finanzwirtschaft (ebenso S. Schulmeister).

Philo
#7 — vor 8 Jahren

oh man das ist sowas von fundamental. Allgemeine Gleichgewichtstheorie heißt das heute und das lernt jeder vwl student spätestens im Hauptstudium…

Demz
#8 — vor 8 Jahren

@Bernd Wiese:
Bargeld ist eine Verbindlichkeit der Zentralbank. Der Einsatz von

Bargeld im Zahlungsverkehr ist gegenüber dem Buchgeld natürlich marginal.

Fabian Lindner
#9 — vor 8 Jahren

@ alterego

Stimmt, dass jedem Guthaben auch Verbindlichkeiten gegenüberstehen müssen, heißt ja nicht, dass wir die Verbindlichkeiten ins Äußerste steigern sollen. Die Saldenmechanik macht ja keine Aussagen darüber, wie etwas sein soll, sondern wie etwas ist. Wenn aber gerade in Deutschland gefordert wird, die Länder sollen sparen, dann kann man das nur unter drei Bedingungen tun:

a) Die Länder reduzieren ihre Ausgabe und damit automatisch unsere Einnahmen

b) Wir steigern unsere Ausgaben und damit auch die EInnahmen der Krisenländer

c) Die Krisenländer schreiben ihre Verbindlichkeiten ab und wir damit auch unsere Forderungen

Es wird natürlich eine Mischung praktiziert, vor allem mit Gewicht auf a). Dann braucht man sich aber über sinkende Exporte in den Euroraum nicht zu wundern. c) gibt es ja auch, b) nur in sehr geringem Maße.

Auf Leontief bezieht sich Stützel übrigens in seiner Saldenmechanik auch explizit.